

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

21 (17.2.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-892529](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-892529)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Postgeld, Einzelpreis 10 Pf. DM 1 34: 580. Druck und Verlag: E. Zirk, Elsfleth. Hauptverteilung: E. Zirk, Elsfleth, Stellvertreter: Fritz Fromm, Berne. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 5 Pf., Familienanzeigen die Millimeterzeile 4 Pf., Fernruf 390 (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: E. Zirk, Elsfleth. Schließfach 17

Nr. 21

Elsfleth, Sonnabend, den 17. Februar

1934

Ergebnis der Woche

Oesterreich im Bürgerkrieg

Trotz der wiederholten Erklärungen der österreichischen Regierung stellen und „Dollfuß persönlich“, daß in Wien und im Lande Ruhe herrsche, wurde auch am vierten Tag des Bürgerkrieges an den verschiedensten Stellen gekämpft. Wenn man den einzelnen ausländischen Meldungen glauben darf, muß mit einer Opferzahl gerechnet werden die an die 2000 heranreicht. Das ist ein Ergebnis, das auch die stärksten Befürchtungen weit übertrifft. Sieht man sich den Stand der Dinge an, so ist ein innerpolitischer Bürgerkrieg abgebrochen, der die innerpolitische Lage geschaffen hat. Die Entwicklung verläuft unvorstellbar. Selbst wenn es gelingen sollte, auf allen Seiten wieder die Vernunft zum Wort kommen zu lassen, dann ist nicht anzunehmen, daß die Kluft bald wieder geschlossen werden kann, die durch dieses Blutvergießen in Oesterreich aufgerissen worden ist. Der internationale Marxismus trägt an diesen Zuständen ein vollgereiftes Maß von Schuld. Denn fest steht heute schon, daß sowohl französische wie tschechoslowakische marxistische Kreise an der Auslösung des Republikanischen Bürgerkrieges zu Zwecken des Bürgerkrieges beteiligt sind. Der eine kletterte die Stahlhelme, der andere Waffen und Munition. Die Frage bleibt noch zu klären, wie weit Dollfuß von diesen ungeheuren Massenbewegungen unterrichtet war. Aber auch ohne diesen Nachweis ist Dollfuß dahin geignend, daß er in seinem Haß gegen den Nationalsozialismus sich zum willigen Handlanger gewisser ausländischer Kreise gebrauchen ließ. Dieser Bürgerkrieg, der nicht ganz die Entwicklung nahm, die gewisse ausländische Interessenten erwartet hatten, ist aber auch das Werk diplomatischer Intrigen und machtpolitischer Bestrebungen. Dollfuß hat eine Reihe von Schuldnern an den Galgen knipfen lassen. Er hat sich bisher wohl gefüttert, die Drahtzieher, also die eigentlichen Schuldigen, hängen zu lassen, obwohl sie in seiner Hand sind. Das verführte Volk wird, wenn die Ruhe und Ueberlegung wieder zurückgekehrt sind, über diesen Umstand Rechenschaft zu verlangen haben. Warum hängt Dollfuß die kleinen Verführten und schont die wirklichen Schuldigen?

Der kriegerischen Entwicklungen im Fernen Osten?

Die Anzeichen werden immer ernster. Die auf eine kriegerische Zuspitzung der Beziehungen zwischen Rußland und Japan hindeuten. Zwar ist in den letzten Tagen die vor kurzem durch die Weltpresse gegangene Meldung demontiert worden, nach der der frühere japanische Kriegsminister einen Krieg als unausweichbar bezeichnet habe. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß die japanischen Militärs nicht nur mit einem solchen Krieg rechnen, sondern daß sie ihn gewissermaßen herbeiwünschen. Und was in jüngerer Zeit von russischer Seite bekannt geworden ist, deutet weniger auf Friedensdenken als auf Kriegsabsichten, die von Rußland in Verbindung mit den politischen Entwicklungen in China und der Mandchurien verfolgt werden. Auch sonst gärt es in der farbigen Rasse in beängstigender Form. Die Front gegen Europa, die gerade von Seiten der gelben Rasse aufzurichten versucht wird, wird immer deutlicher. Um so weniger begreift man, daß die europäischen Staatsmänner nicht zur Einsicht kommen, sondern unter Führung Frankreichs daran gehen, den Rüstungsmaßnahmen weiterzutreiben. Auch unter diesem Gesichtspunkt treibt Dollfuß ein verbrecherisches Spiel, da er durch Entschaffung des Bürgerkrieges eine internationale Hochspannung auslöste, die leicht zur Katastrophe führen kann.

Die Saarregierung provoziert

Der Völkerverbund, den Herr Dollfuß gern mit seinen deutschfeindlichen Beschwörern befaßt möchte, steht allen deutschen Problemen macht- und tatenlos gegenüber. Deshalb wirkt es zwar grotesk, ohne zu überdauern, daß ein Organ dieses Völkerverbundes, die Saarregierung, bemüht ist, Del uns Feuer zu gießen. Sie hat bei dem dreigliedrigen Saar-Ausschuß den Antrag gestellt, Polizeitruppen für die Abstimmung ins Saargebiet zu legen. Die Verhältnisse an der Saar geben ihm hierzu ebensowenig einen Grund wie die Saarstatutbestimmungen ihm das Recht. Denn an der Saar herrscht Ruhe und Ordnung, die höchstens durch jene Elemente gestört werden, denen die Ordnung in Deutschland nicht paßt und deshalb sich im Saargebiet niederlassen, wo sie von der Saarregierung verhaftet werden. Von diesen zweifelshaften Elementen, die zum Teil friedlos verfolgt werden, hat die Saarregierung verschiedene in leitender Stelle in die französischen Polizei einbegliedert. Dadurch allerdings ist starke Beunruhigung und Erregung ausgelöst worden, die in dem Augenblick verschwinden würde, wo die Saarregierung sie aus dem Saargebiet wieder abschiebt. Aber mit voller Ueberlegung wird diesen verbrecherischen Elementen ein Vorrangrecht gegenüber der eingewiesenen Bevölkerung in der politischen Betätigung und Meinungsäußerung eingeräumt. So provozierend dieses Verhalten der Saarregierung auch sein mag, die Bevölkerung läßt sich angesichts ihres sicheren Sieges bei der Saarabstimmung nicht zu Ausschreitungen gegen dieses Verbrecherpaar hinreißen. Jetzt will die Saar-

regierung mit ihrem Antrag auf Aufstellung einer internationalen Polizeitruppe an der Saar den Eindruck erwecken, als herrsche im Saargebiet Disziplin- und Ordnungswirrwort. Der Antrag der Saarregierung ist auch insofern eine Herausforderung gegenüber der Bevölkerung, die damit zu einem Skandalen degradiert wird. Es ist eine gewollte Beleidigung der Bevölkerung, die man sich deshalb glaubt leisten zu dürfen, weil sie sich in ihrer Treue zum deutschen Vaterland durch nichts als irremachen lassen.

Frankreichs Antwortnote

Frankreichs Antwort auf die deutsche Note in der Abrüstungsfrage ist in Berlin überreicht worden. Sie ist, wie schon in der französischen Presse mitgeteilt worden war, durchweg ablehnend. Der Zweck dieser Note ist offenbar der, die deutsch-französischen Verhandlungen damit abzuschließen und die zur Befriedung stehenden Fragen auf den Weg der internationalen bzw. der Genfer Verhandlungen zu verweisen. Frankreich stellt dabei Behauptungen über die Gliederung der Reichswehr und über den Charakter der deutschen Wehrverbände auf, die schon so oft widerlegt wurden und daher von Frankreich bisher nicht bewiesen werden konnten. Das wesentlichste an der Note ist die Tatsache, daß sie auf die dreizehn Fragen der deutschen Note nicht eingeht. Die Begründung, die dazu gegeben wird, ist so lächerlich, daß sie kein Mensch ernst nehmen wird. Denn hinter dieser Abweisung auf die deutschen Fragen eingehend vertritt sich nichts anderes als der schon vor Jahr und Tag von einem französischen General ausgesprochene Wille, unter keinen Umständen abzurufen. So wenig neu diese Tatsache auch sein mag, sie gewinnt in diesem Augenblick doch eine neue Bedeutung, wo Frankreich kaum noch damit rechnen kann, in seiner Rüstungspolitik von irgendeinem anderen Staat unterbunden zu werden. Wie raffiniert Frankreich seine Rüstungspläne verfolgt, geht u. a. auch aus der Tatsache hervor, daß es zwölf große handels- und Passagierflugzeuge für die französische Luftflotte erworben hat. Es will damit nach außen dokumentieren, daß es durchaus möglich sei, Handelsflugzeuge zu Kriegszwecken zu verwenden. Es verschweigt dabei nur eines: Wo eine starke Kriegsflugflotte vorhanden ist, können ihr Handelsflugzeuge willkommene Unterstützung als Transport- und Zubringerflugzeuge bieten. Wo diese Kriegsflugzeuge aber nicht vorhanden sind, sind reine Handelsflugzeuge ohne jeden militärischen Wert. So täuscht Frankreich die Staaten und die Völker und untergräbt bewußt den Frieden.

Frankreichs Antwort

Unveränderte Haltung in der Abrüstungsfrage

Die französische Antwort auf die deutsche Abrüstungsfrage vom 19. Januar wird nunmehr veröffentlicht.

In ihr heißt es: In einem Geiste der Loyalität und Aufrichtigkeit hatte die französische Regierung ein Programm aufgestellt, das mit den von der Genfer Konferenz unter Beteiligung der deutschen Delegation angenommenen früheren Entschlüssen im Einklang stand. Mit diesem konkreten und genauen Programm befaßt, glaubt die deutsche Regierung gleichwohl von neuem behaupten zu können, daß „die hauptsächlich in Betracht kommenden hochgerüsteten Mächte (unter denen zweifellos Frankreich einbezogen werden muß) zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit sind.“ Die Regierung der französischen Republik will der Reichsregierung die ganze Verantwortung für ein Verleihen überlassen, das sie ihrerseits, um so weniger zu tadeln vermag, als es durch die Vorklage der französischen Regierung einwandfrei widerlegt wird.

Indem die deutsche Regierung aus einer irrtümlichen Feststellung Folgerungen zieht, hat sie nicht geglaubt, die Vorklage abmildern zu sollen, die sie selbst in ihrem vorausgegangenen Memorandum gemacht hatte. Die französische Regierung hat Anlaß, darüber erstaunt zu sein. Sie bedauert insbesondere, in dem Memorandum vom 19. Januar keine genügende Aufklärung über die deutsche Stellungnahme zu der Kontrollfrage gefunden zu haben; sie bedauert noch mehr, daß die deutsche Regierung weder zukunftsweisend noch kritisch zu den Bemerkungen Stellung genommen hat, die in dem Aide-mémoire vom 1. Januar über die Tragweite der Nichtangriffspakte und über ihr Verhältnis zum Locarno-Vertrag gemacht worden waren.

Es ist der deutschen Regierung sicherlich nicht entgangen, daß die in dem Aide-mémoire vom 1. Januar gemachten Vorklagen grundsätzlichen Charakter hatten.

Der Vergleich der französischen und deutschen Truppenbestände kann nur auf vergleichbare Personalbestände angewendet werden, das heißt auf diejenigen, die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind, und ist nur denkbar, wenn alle Streitkräfte, die in irgendeinem Grade militärischen Charakter besitzen, unter die festzulegenden Beschränkungen fallen.

Die Gleichstellung auf dem Gebiet des Materials, das heißt die Zuweisung desjenigen Materials an Deutschland, das die anderen Nationen behalten, das aber Deutschland augenblicklich verboten ist, kann erst auf die Umbildung des

deutschen Heeres und auf die Auffassung der vor- und außermilitärischen Organisationen durch die regulären, von der Konvention begrenzten Personalbestände erfolgen.

Indem die deutsche Regierung in diesen beiden entscheidenden Fragen die Vorklage beiseite schiebt, die ihr gemacht worden waren und deren Absicht und Tragweite sie nicht mißverstehen konnte, hat sie das gesamte in dem Aide-mémoire vom 1. Januar festgelegte Programm abgelehnt.

Unter diesen Umständen sieht die französische Regierung nicht, welchen Nutzen der umfangreiche Fragebogen haben könnte, der dem letzten deutschen Memorandum beigefügt ist, und versteht nicht recht, welche Möglichkeiten er eröffnen könnte. Er stößt auf die Schwierigkeit, daß die Erörterung auf zwei Regierungen beschränkt ist, während es sich um vielschichtige und komplizierte Fragen handelt, die die Gesamtheit der auf der Konferenz vertretenen Mächte angehen. Diese Fragen können nur unter Beteiligung aller interessierten Staaten zu einem guten Ende gebracht werden, und eine vorbereitende deutsch-französische Erörterung hierüber könnte nur dann von Nutzen sein, wenn bereits Einigkeit über bestimmte Grundsätze herrsche, die keinen Anlaß mehr zu einer Diskussion zwischen den beiden Ländern gäben.

Leider ist das nicht im entferntesten der Fall, wie dies durch nur zu offenkundige Tatsachen bewiesen wird. Es ergibt sich zum Beispiel aus veröffentlichten Dokumenten, daß das deutsche Heer bezüglich seiner Organisation (Oberkommando, Generalstab, Schulen, Gades-Reserven, Mobilisierung), seiner Effektivstärken (Friedensstand und ausgebildete Reserven) sowie bezüglich des Materials bereits jetzt Hilfsquellen besitzt, die zu denjenigen Bestimmungen der Verträge in keinem Verhältnis stehen, die für spätere Vergleiche zur Grundlage genommen werden müßten. Ehe die Zukunft in Betracht gezogen wird, müßte, besonders auch zu ihrer Aufklärung, die Gegenwart in Betracht gezogen werden.

Die französische Regierung ergreift jedoch unter diesen Vorbehalten, die sie vorzichtshalber machen muß, die ihr gebotene Gelegenheit, im mittlen so vieler Schwierigkeiten zwei wesentliche Mißverständnisse aufzuklären. Wenn zunächst die französische Regierung besonderen Wert darauf legt, daß eine wirksame Kontrolle schon mit dem Inkrafttreten der Konvention einlehen kann, so geschieht dies, weil es nötig ist, in kürzester Frist einen Mechanismus bereitzustellen, der ein wesentliches Element der Konvention darstellt. Bei diesem Bestreben handelt es sich um nichts, was die Ehre der deutschen Regierung verlegen könnte, die von jedem Lande voll zu respektieren ist. Es gibt Formen der Kontrolle, bei denen die Gefahr besteht, daß sie eher gefährlich als nützlich sind. Nur eine internationale Organisation, welche ernsthafte Untersuchungs- und Handlungsmöglichkeiten besitzt, könnte die zur Aufrechterhaltung des Friedens notwendigen Garantien bringen.

Die deutsche Regierung bezweifelt offenbar den Willen der französischen Regierung, eine Begrenzung ihrer überseeischen Personalbestände ins Auge zu fassen. Nichts ist unrichtiger als das. Ebenjowenig sollen die überseeischen Streitkräfte von der Beschränkung ausgenommen werden, deren mobiler Charakter fordert, daß sie jederzeit im Mutterlande verfügbar sind, um in kürzester Zeit nach denjenigen Punkten des Kolonialreiches gebracht zu werden, wo ihre Anwesenheit für nützlich gehalten wird. Entgegen der Annahme der deutschen Regierung denkt die französische Regierung nicht daran, in irgendeinem ihr passenden Augenblick die in der Konvention festgelegte Herabsetzung ihrer Heerstreitkräfte durch eine Heranziehung von Ueberlebenden auszugleichen, da die Konvention die Personalbestände genau begrenzen würde, die in Friedenszeiten im Mutterlande stationiert werden könnten.

Bei ihrer Forderung von 300 000 Mann für eine in ein kurz dienendes Heer umgewandelte deutsche Armee will die deutsche Regierung diese Zahl festsetzen wissen, ohne daß die militärische Polizei und die außermilitärischen Organisationen der SA und SS berücksichtigt werden. Sie gibt höchstens zu, daß, wenn einmal die Konvention in Kraft getreten ist, die Kontrollorgane feststellen können, daß die Formationen der SA und SS tatsächlich keinen militärischen Charakter haben.

Demgegenüber ist die französische Regierung stets der Ansicht gewesen, daß die festzulegenden Höchstzahlen sich auf die Gesamtheit der Kräfte beziehen müssen, die militärischen Charakter tragen, und sie hat es als feststehend betrachtet, daß die Formationen der SA und SS diesen Charakter haben. Das Aide-mémoire vom 1. Januar enthält in dieser Hinsicht detaillierte Angaben, die auf bestimmten Tatsachen beruhen. Da sie nur durch eine Erklärung allgemeinen Charakters zurückgewiesen worden sind, sieht sich die französische Regierung veranlaßt, ihre früheren Angaben voll und ganz aufrechtzuerhalten. Sie würde ihre Unterfertigung unter keine Konvention legen können, die erst der Zukunft die Entscheidung darüber überläßt, ob die Formationen der SA und SS einen militärischen Wert haben, oder bei der Festlegung der Stärkeverhältnisse berücksichtigt werden muß, oder nicht. Eine auf diesem Grund beruhende Konvention wäre tatsächlich auf einer falschen Grundlage aufgebaut, und die erste Anwendung der Kontrolle, in welcher Form sie auch stattfinden würde, die schwersten Mißverständnisse zutage fördern.

Das Blutbad dauert an

2000 Gefangene. — Zahlreiche Frauen getötet.

Wien, 16. Februar
Der Aufruf Dollfuß' an die Schühnbünder, gegen die Zustrahlung von Strafreifen die Waffen zu streifen, ist vergeblich geblieben. In Wien wird immer noch erbittert gekämpft. Auf St. Eitzen und auf den Laaerberg soll nach Artillerievorbereitung jetzt der Sturm beginnen. Kämpfe finden auch noch in Wagram statt. In einzelnen Teilen haben sich die Schühnbünder verbarrikadiert und schießen von den Dächern auf die Truppen.

Auf dem Dach des „Karl-Marx-Hofes“, um den sich in den letzten Tagen besonders heftige und blutige Kämpfe abspielten, und der mehrfach den Besitz wechselte, haben sich die Schühnbünder ein Maschinengewehr einrichtet und bestreihen von dort aus die Umgebung. Es ist eine Batterie eingeseht worden, die den Karl-Marx-Hof zurückgewinnen soll.

Nach den neuesten Meldungen haben die Regierungstruppen allein in Wien zehntausend Personen festgenommen. Wie inzwischen festgestellt wurde, hatten die Schühnbünder einen Gasangriff mit Chlorgas geplant. Unter den Toten befinden sich zahlreiche Frauen. Es handelt sich dabei zum weitaus größten Teil um unschuldige Opfer.

Der Kommandant der Feuerwache in Floridsdorf, Weisler, ist hingerichtet worden.

Die Zahl der Opfer geht in die Tausende

Zu den blutigen Ereignissen verlässlich das englische offizielle Reuterbüro eine Meldung, in der es heißt, ungewiss sei, wie viele von den Toten und Verwundeten nicht am Kampfe beteiligt gewesen. Ein höherer Offizier der Regierungstruppen habe in Floridsdorf im Gespräch mit einem Vertreter des Reuterbüros zugegeben, daß die meisten Verluste wahrscheinlich unter unschuldigen Personen zu verzeichnen seien, die nicht aus ihren von der Artillerie des Bundesheeres beschossenen Wohnhäusern entkommen konnten. Die Reutermeldung weist darauf hin, daß die Abschichtung von Nichtkämpfern die Erbitterung der Arbeiterklasse gegen die Regierung Dollfuß noch weiter steigern werde. Der Korrespondent der „Times“ in Wien sagt in einem Bericht:

Die Verluste an Menschenleben müssen eine schreckliche Höhe erreicht haben. Nach ihren eigenen Schätzungen hatten die Sozialisten schon bis Dienstagabend nicht weniger als 1500 Tote, und es ist bekannt, daß die Schlacht, die in Floridsdorf tobte, die blutigste von allen war. Es heißt, daß in dem „Karl-Marx-Hof“ genannten großen Wohngebäude allein 350 Personen getötet wurden, nicht nur Schühnbünder sondern auch Bewohner. Die Regierungstreue haben ebenfalls schwere Verluste erlitten.

Am weiteren Verlauf seiner Schilderung sagt der Korrespondent: Eine derartige Zusammendrängung menschlichen Lebens auf engem Raum kann es in ganz Europa seit dem Kriege kaum irgendetwas gegeben haben.

Heftige Waffenfunde

Einen guten Begriff von der ausgezeichneten Bewaffnung des Schühnbundes geben die Mitteilungen, die der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Baron Karwinits, über die Waffenfunde in den eingemauerten Gemeindebauten machte. So sind in den Gemeindebauten in der Sandleiten in Dattaring von den Schühnbündern freiwillig nicht nur viele Gewehre sondern auch 3000 Wurgranaten, größere Mengen Munition und 11 Riften äußerst gefährlicher Sprengstoffe abgeliefert worden. In Jedlersdorf sind im sozialdemokratischen Kinderfreundheim nicht weniger als 600 Mannlicher-Gewehre und mehrere Maschinengewehre sowie zahlreiche Handgranaten entdeckt worden.

Der Aufruf greift um sich

Wie aus Ebesee im Salzammergut gemeldet wird, hat dort der Schühnbund die Arbeiter des Sodawerkes, der Weberei und der staatlichen Seilerei zusammengezogen, das Postamt und die Gendarmen-Kaserne besetzt und die Gendarmen und Heimwehrleute gefangen genommen. Eine Tunnelmauer wurde gesprengt, um Material zur Errichtung von Barrikaden zu erhalten. Maniergewehre verhindern das Vordringen des Militärs.

In Niederösterreich sind die Mandate von 4121 sozialdemokratischen Gemeindevertretern erloschen. Rund 150 Gemeindevertretungen sind aufgelöst worden. In anderen

Bundesländern, die weniger stark industrialisiert sind, die entsprechenden Ziffern geringer. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es der Regierung nach Überwindung der sozialdemokratischen Mandate keine Schwierigkeiten mehr bereiten dürfte, den Nationalrat einzuberufen und auf diesem Wege eine Verfassungsänderung auf „demokratischen“ Wege durchzuführen.

Bestialische Hinrichtung eines Schwerverletzten

Es werden jetzt Einzelheiten über die Hinrichtung des Schühnbünderführers Münchreiter bekannt. Die Hinrichtung dieses Schwerverletzten durch die Wiener Gestapo hat die Erbitterung der Bevölkerung ins Unermeßliche steigert.

Münchreiter, der durch mehrere Schüsse schwer verletzt war, wurde auf einer Tragbahre zum Standgericht, ebenfalls auf einer Tragbahre zum Galgen gefahren, der Bahre aus unter den Galgen gesetzt und — obgleich bewußlos — erhängt.

Auch zahlreiche Ausländer haben ihrer ungebundenen Empörung über die bestialische Hinrichtung eines Schwerverletzten durch die Regierung Dollfuß Ausdruck gegeben und erklärt, daß damit auch jetzt die letzte Sympathie des Gewaltstreiches Dollfuß bei ihnen geschwunden sei.

Demonstration in New York

Vor dem österreichischen Generalkonsulat in der Fünften Avenue in New York kam es am Mittwochabend zu einer Kundgebung. Die Menge wurde von berittener Polizei durch einen Knüttelpangriff zerstreut. Später schlug Volk des Hauptort der Besuche ein, die sich in der Nähe des österreichischen Konsulats befindet. Der österreichische Generalkonsul empfing eine Abordnung von Kommunisten und Sozialisten und ver sprach, ihre Proteste an seine Regierung weiterzugeben.

Kalter Putz in Memel?

Litauischer Staatsminister soll eingekerkert werden. Wie aus Memel zuverlässig berichtet wird, ist beabsichtigt, dort am heutigen 16. Februar einen Staatsminister für das Memelgebiet einzusetzen. Durch diese Maßnahme wird man das Direktorium des Memelgebietes vollständig. Der Kandidat kommt in erster Linie der frühere Landrat Simonaitis in Frage, der sich bei dem Memelputz im Jahre 1923 besonders hervorgetan hat. Gegen ihn bestehen allerdings von Seiten der Großkauer im Memelgebiet, insbesondere von Sklorius und anderen, erhebliche Bedenken. Die Simonaitis aber zu übernehmen hofft.

Diese Meldung wird zunächst unter Vorbehalt mitzuteilen. Es ist allerdings bekannt, daß litauische Arbeitermacher mit derartigen unerwarteten Plänen, die eine Beteiligung der autonomen Verwaltung des Memelgebiets hinauslaufen, umgehen. Man sollte aber annehmen, daß die litauische Regierung sich von solchen Plänen hält und sich nicht einen so offensichtlichen Bruch der traglich übernommenen Verpflichtungen zuschulden kommen lassen wird.

Polnisch-litauischer Minderheitenstreit

Zahlreiche Verhaftungen im Wilnaer Gebiet.

Warschau, 16. Februar
Im Wilnaer Gebiet haben die polnischen Siderbehörden zahlreiche Hausdurchsuchungen unter den Litauern vorgenommen und bis jetzt insgesamt 27 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen sollen, an den litauischen Schulstaatsfeindliche Tätigkeiten beteiligt zu sein.

Diese Verhaftungen sind wie der „Kraauer Illustrierte Kurier“ aus Wilna meldet, Bergeltungsmaßnahmen gegen Verfolgungen der polnischen Minderheit in Litauen, insgesamt 50 Polen hauptsächlich wegen Unterrichts polnischer Schulkinder in ihrer Muttersprache verhaftet und der größte Teil in Gefängnisse gebracht wurden. Mehrere 20 polnische Lehrer sind zu verhältnismäßig hohen Geldstrafen verurteilt worden. Das Blatt hebt ausdrücklich hervor, daß Polen bisher gegen die Litauer nur deshalb vorgegangen sei, weil es geglaubt habe, das Schicksal der polnischen Minderheit in Litauen dadurch zu mildern, dies jedoch nicht gelungen sei, hätten sich die polnischen Behörden zu Bergeltungsmaßnahmen entschlossen. Diese sind indes noch nicht abgeschlossen, da Litauen, wie es bei der völligen Vernichtung des polnischen Schulwesens strebe.

Die französische Regierung hat den lebhaften Wunsch in einer gelunden Auffassung des europäischen Geistes an dieser notwendigen Besserung der Lage mitzuarbeiten. Sie ist der Ansicht, daß eine vollständige und lokale Einigung mit Deutschland sowohl die Bedingung als auch die Garantie dafür wäre. Aber andererseits wäre nichts gefährlicher als eine Unklarheit. Es liegt bei der deutschen Regierung, diese Unklarheit aufzuklären oder ihr vorzubeugen durch Erläuterungen, bezüglich deren sie einer unvoreingenommenen und gerechten Prüfung sicher sein kann.

Die französische Regierung hat die Pflicht, die von ihr begründete Auffassung aufrechtzuerhalten, welche dem in den Abkommene vom 1. Januar festgelegten Programm zugrunde liegt. Ohne die Gegenseitigkeit und Aufrichtigkeit der gleichen Absichten der deutschen Regierung in Frage zu stellen, ist sie der Überzeugung, daß eine Verhandlung nichts dabei verliert, wenn die Meinungsverschiedenheiten, die einer einigartigen Einigung im Wege gestanden haben, erkannt, einander angenähert und sogar einander gegenübergestellt werden.

Doumergues Regierungserklärung

Burgfrieden und vertrauensvolle Zusammenarbeit gefordert

Paris, 16. Februar.
Die Regierungserklärung, die in der Kammer vom Ministerpräsidenten Doumergue und im Sinne von Justizminister Chéron verlesen wurde, ist sehr kurz. An ihr heißt es:

Die Regierung, die sich dem Parlament vorstellt, ist gebildet worden zur Herstellung des Burgfriedens der Parteien. Ein dringliches Wert der Gerechtigkeit ist durchzuführen. Der Burgfriede und die Beruhigung der Geister werden es ermöglichen, die Aufgabe zu verwirklichen ohne jede Leidenschaft, aber auch mit dem Willen, die Schuldigen, wo sie auch stecken mögen, ausfindig zu machen, zu verfolgen und zu treffen. Neben diesem Wert der Gerechtigkeit gibt es ein anderes nicht weniger dringliches, das der moralischen Gesundheit, die die freiwillige Übernahme einer gewissen Disziplin erfordert. Der Burgfriede ist auch notwendig, damit das Land schnelligst einen Staatshaushaltsplan erläßt. Ein ausgeglichener Staatshaushalt und eine feste Währung werden den Erträgen und Verträgen Vertrauen einflößen. Die Rückkehr des Vertrauens wird stark zur Ankurbelung der nationalen Wirtschaft und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Auch die außenpolitischen Fragen erscheinen gebietet den Burgfrieden der Parteien und die Beruhigung der Geister. Nur dieser innere Friede wird uns die notwendige Autorität geben, eine nützliche Rolle im Völkerverband und auf internationalem Boden zu spielen. Nur er wird es uns erlauben, im Einvernehmen mit Bürgern unseres Landes die wirksamen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, die Frankreich gegen gefährliche Übergriffe schützen. Unser Land hat es in kritischen Stunden stets verstanden, sich aufzuraffen. Eine solche Auffassung ist heute geboten. Wir vertrauen darauf, daß Sie dies befehlen und uns helfen.

Kommunistische Demonstrationen

Die Kammerführung begann mit wiederholten kommunistischen Störungsvorfällen. Auf den Bänken der Kommunisten erhob sich, als der Ministerpräsident erschien, ein wildes Getöse, das schließlich in einen Sprechflug ausartete: „Mörder! Mörder! Mörder! Nieder mit Tardieu! Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der nationalen Union!“ Diese Rufe wiederholten sich, als Doumergue die Regierungserklärung verlas. Immer wieder wurde er von den Kommunisten unterbrochen, die ihm vorwarfen, er habe Arbeiter eingesetzt und sei ein Vertreter der Klassenjustiz. Der Kammer bemächtigte sich eine sichtbare Erregung, doch gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

Mit 402 gegen 125 Stimmen, bei 68 Enthaltungen, wurde der Antrag der Regierung auf Vertagung der Interpellationen von der Kammer angenommen und damit der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Kammerauflösung Ende Februar?

Der sozialistische „Populaire“ behauptet, daß im Kabinettstakt vom Mittwoch der Plan erwogen worden sei, die Kammer Ende des Monats, d. h. nach Verabschiedung des Staatshaushaltsplanes, aufzulösen.



ROMAN VON LUCIE REINHARD.

„Er wäre auch lieber ein Künstler geworden!“ sagte Luise, indem sie die Tassen zurechtstob. „Aber sein Vater wollte es nicht. Er sollte dieselbe Laufbahn einschlagen wie er und all seine Vorfahren, und Lehrer werden. Und da zwischen Vater und Sohn ein sehr unnützes Verhältnis besteht, so hat Herr Schubert den Verlobungswunsch seines Vaters erfüllt, so schwer es ihm auch im Anfang wurde. Aber so oft er Zeit hat, greift er zu seiner Geige und vertraut ihr alles an, was ihm bewegt. Und im Spiel kommen ihm dann die wunderlichsten Gedanken, die in seinen Gedanken liegen. Nicht wahr, die sind schön?“

Rufes Wangen brannten, und ihre Augen blühten, während sie sehnsüchtig nach der Nüchtern blickte, in der das hübsche, freundliche Gesicht des jungen Lehrers hinter blühenden Hecken verdeckt lag.

„Wie genau du das alles weißt!“ meinte die Alte, die dem Blick des Mädchens in den Augen gefolgt war.

„Er hat es mir doch selbst erzählt, Vikette. Auch daß er sich in seinem Häuschen sehr einsam fühlt und daß er hofft, daß sein alter Herr bald zu ihm ziehen wird.“

„Er soll sich lieber eine junge Frau ins Haus nehmen, das wäre geschickter!“ errietete sich die Alte. „Ein Lehrer muß verheiratet sein. Da ist gewiß nicht eine im Dorfe, sie nein sagen würde, wenn er käme und fragte.“

„Na, was habt ihr beide denn wieder für Geheimnisse!“ rief in diesem Augenblick eine sonore Stimme hinter den beiden, die sich erschreckt umdrehten. „Das laßt mich gefallen — nicht wahr, Mutter?“ wandte sich der Sägemüller Hermann Mathiesen an seine Frau, die, wie

ein kleines, besorgtes Hausmütterchen aus alter Zeit, neben ihrem Manne hergetrippelt war. „Ich sag's ja immer, die Vikette und unser Luisechen, die haben die Sonne im Herzen.“

Der Sägemüller ließ sich wüchsig auf seinen Gartenstuhl nieder und nicht seiner Tochter wohlgefällig zu. Er hatte eine große, verbeißene Gestalt von kraftvoller Gesundheit, war aber von Natur ruhig und bedächtig. Vom frühen Morgen bis in den späten Abend hinein war er in seinem Sägewerk tätig, wo er seinen Arbeitern mit gutem Beispiel voranging und sich nicht scheute, auch mit Hand anzulegen. Seine Frau lag gegen ihn wie ein Heimchen aus, mit ihrer zierlichen Figur und dem garten Gesicht, das schwere, dunkle Büsche trug. Seit der Geburt ihres letzten Kindes, das taum einen Tag gelebt hatte, war sie immer etwas tränklich und wurde daher von allen im Hause mit sorgender Liebe umgeben. Während war es, wie der Sägemüller seine kleine Frau umgabte, die er von ganzem Herzen liebte, und der er jeden Wunsch an den Augen ablas.

So gutmütig Hermann Mathiesen auch war, so jähzornig konnte er auch werden, wenn ihm irgend etwas nicht paßte; aber das kam sehr selten vor, denn seiner Frau zuliebe bewog er sich mit aller Energie.

Ein Platsch am Tisch war noch feil. Frau Anna wollte gerade eine Frage stellen, als hastige Schritte aus dem Garten sich näherten und ein hoher, schlanker, junger Mann auf die Tende zumat.

„Ach, da bist du ja, Gerhart!“ sagte der Vater, ihn wohlgefällig betrachtend. „Anfang die kurze Freistunde zu ruhen, hast du jetzt wieder durcharbeitet.“

„Nein! Fehlgelassen!“ lachte Gerhart, daß die weißen Zähne in seinem hübschen, energiegelassen Gesicht nur so blühten. „Ich habe unten am See gefischt, wo es wenigstens kühl war als hier, und habe mich heute wirklich einmal ausgeruht, denn diese Hitze, die wir jetzt haben, ist auch mir zu viel. Wie geht es dir denn, Mutter? Hoffentlich leibst du nicht zu sehr!“ wandte er sich an Frau Anna, die ihm lachend die Tasse zuzubob.

„Oh, mir geht es heute ganz gut“, sagte Frau Anna. „Aber ich fürchte, wir werden ein Gewitter bekommen. Ich fühle das immer vorher.“

„Nur keine Bange haben! Ich komme dann herüber — das beruhigt dich doch stets — nicht wahr?“

„Ja, Hermann!“

Die kleine Frau blickte ihren großen Mann dankbar an und legte ihm dabei sorgsam ein dickes Stück Kuchen auf seinen Teller, während sie Luise einen Wink gab, seine Tasse wieder zu füllen.

„Was schreibt denn unsere Gerete?“ wandte Hermann sich wieder an seine Frau. „Hoffentlich ist ihre Familie gesund.“

„Ach, das hätte ich nun wirklich vergessen, auch zu erzählen!“ entschuldigte sich Frau Anna. „Gerete will mit den Kindern in vierzehn Tagen zu uns kommen und fragt an, ob es uns recht ist. Werner holt sie dann nach einiger Zeit ab, um mit ihnen an die See zu fahren.“

„Natürlich soll unsere Gerete mit ihren Kindern herkommen!“ nickte Hermann Mathiesen. „Ich weiß ja, daß du dich darüber freust. Dann ist ja wieder Leben in unserem Hause, und Luise ist auch nicht mehr so allein.“

„Was, Vleschen?“

„Das wäre ich jetzt nicht gewesen, lieber Vater, denn denke dir, Veronika soll heute morgen angekommen sein. Wie ich mich darüber freue!“

„Das ist mir gar nicht recht, Kind, denn du weißt doch, daß zwischen dem Schloß und der Sägemühle keine Freundschaft mehr besteht. Sicher wird die alte Frau von Tagen ihrer Entlein den Umgang mit dir auch verbieten, so stolz wie sie ist. Selbst ihren eigenen Sohn hat sie dadurch unglücklich gemacht.“

„Wißt du mir denn die Freundschaft mit Veronika nicht gestatten, Vater? Veronika kann doch wahrhaftig nichts dafür und wird sich in dem alten Schloß der Garten Großmutter sehr unglücklich und einsam fühlen. Wir waren in der Pension die besten Freundinnen und haben uns ewige Freundschaft geschworen. Sicher kann sie es auch kaum erwarten, mich wiederzusehen.“ (Fortf. folgt.)

Die deutschen Handwerksführer beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichshandwerksführer Schmidt-Wiesbaden, dessen Stellvertreter Seligmann-Berlin und den Generalsekretär des Deutschen Handwerks, Dr. Schild, welche über die Neuorganisation des deutschen Handwerks, die Durchführung des Führerprinzips im Handwerk und die gebeferte wirtschaftliche Lage berichteten. Der Reichspräsident wies in seiner Erwiderung auf die wichtigen Aufgaben und die Bedeutung des deutschen Handwerks für das gesamte deutsche Volk hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr auch für das Handwerk wieder bessere Zeiten gekommen sind.

Monarchistische Verbände Württemberg aufgelöst.

Von zuktändiger Seite wird mitgeteilt: „Auf Ersuchen des Reichsministers des Innern hat das württembergische Innenministerium die in Württemberg bestehenden monarchistischen Verbände aufgelöst und verboten. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. Nachdem bestimmte Anzeichen darauf hindeuteten, daß dunkle Elemente die monarchistische Bewegung für ihre staatsfeindlichen Zwecke ausnützen wollten, mußte die Staatsgewalt eingreifen. Eine größere Bedeutung kam den monarchistischen Verbänden in Württemberg nicht zu.“

Ankunft des griechischen Wirtschaftsministers in Berlin.

Der griechische Wirtschaftsminister, Pasmazoglou, traf in Berlin ein. Für die nächsten Tage wird Empfangsbesuche bei dem Reichspräsidenten, dem Reichsaußenminister, dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, dem Reichsfinanzminister, dem Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Rolenberg, und dem Reichsbrandpräsidenten Dr. Schacht.

Das neue tschechoslowakische Kabinett

Der Oberstand der tschechoslowakischen Nationaldemokraten gegen die von der Regierung geplanten Währungsmaßnahmen hat zum Rücktritt der tschechoslowakischen Regierung geführt. Der Präsident der Republik hat den bisherigen Ministerpräsidenten Neupöck mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Neu treten in die Regierung ein an Stelle des bisherigen Innenministers Jan Černý der bisherige Dominant des Budgetausschusses der parlamentarischen Spar- und Kontrollkommission, Dr. Jozef Černý, an Stelle des auscheidenden Handelsministers Dr. Matoušek (Nationaldemokrat) Ingenieur Dostalek, der bisher das Ministerium für öffentliche Arbeiten verwaltete, und Professor Dr. Johann Kramar als Minister für das Schulwesen und für Volksaufklärung. Der bisherige Justizminister Dr. Alfred Weisner übernimmt das Ministerium für soziale Fürsorge, das bisher Dr. Ludwig Čech innehatte.

Baldwin über die Abrüstungsfrage.

Der Lordpräsident des Geheimen Rates, Baldwin, hielt in Preston (Lancashire) eine Rede, in der er sich zunächst für die Aufrechterhaltung der alten „demokratischen Freiheiten“ in Großbritannien nachdrücklich einsetzte. Dann kam Baldwin auch auf die Abrüstungsfrage zu sprechen. „Wir tun alles zur Möglichen“, so sagte er, „Abrüstung in irgendeiner Form herbeizuführen, aber es sind Schwierigkeiten vorhanden. Zwei große Länder, nämlich England und Japan, sind bis an die Zähne bewaffnet, während wir uns um Abrüstung bemühen. Werden wir instand sein, sie dazu zu bewegen, sich uns anzuschließen? Selbst die Vereinigten Staaten von Amerika bauen ihre Marine neu auf, wozu sie vollkommen berechtigt sind. Alles das macht unsere Aufgabe viel schwieriger.“

Schadenersatzforderungen an Auba.

Wie aus Havana gemeldet wird, haben England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Spanien und China 100 Millionen Francs Schadenersatz von der kubanischen Regierung für den ihnen Staatsangehörigen bei der letzten Revolution zugefügten Schaden gefordert. Die kubanische Regierung beziffert den Schaden jedoch nur auf 10 Millionen Dollar. Auch Japan habe eine Entschädigung für den Tod eines japanischen Staatsangehörigen beantragt.

Der Außenhandel im Januar

31 Millionen RM Einfuhrüberschuß. Die Handelsbilanz schließt im Januar 1934 mit einem Einfuhrüberschuß von 31 Millionen RM gegenüber einem Ausfuhrüberschuß von 49 Millionen RM im Vormonat ab. Seit Januar 1930 ist damit die Handelsbilanz zum ersten Mal wieder passiv geworden.

Im Januar vorigen Jahres war eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Immerhin blieb die Handelsbilanz noch mit 23 Millionen RM aktiv. Wenn sich gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Vollerholung um rund 54 Millionen RM ergeben hat, so ist dies einmal auf die mengenmäßige Erhöhung der Einfuhr, überwiegend aber auf den Rückgang der Ausfuhrpreise zurückzuführen. Die Steigerung der Einfuhr dürfte im Gegensatz zu der saisonüblichen Bewegung stehen. Sie ist ausschließlich bei Rohstoffen eingetreten, während Lebensmittel und Fertigerwaren mengen- und wertmäßig vermindert sind. Der Ausfuhrückgang dürfte ebenso wie im Vorjahr im wesentlichen als Saisonerscheinung zu betrachten sein. Der Durchschnittswert der Gesamtumsätze bleibt hinter dem Januar-Ergebnis 1933 um 10 v. H., bei Fertigerwaren sogar um 12 v. H. zurück. Die Ausfuhr betrug 350 Millionen RM, die Einfuhr 381 Millionen.

Berliner Effektenbörse.

Bei etwas nachlassendem Geschäft am Aktienmarkt der Berliner Effektenbörse vom Donnerstag verlangsamte sich auch die an den Vorjahren so lebhaft entwickelte Aktienbewegung der Börse. Stärkeres Interesse bestand für Montanwerte, besonders für Kupfer, befristet waren ferner Stolberger Zink und Schießliche Bergbau und Zink. Sehr reg gelatete sich das Geschäft am Farbenmarkt. Von Elektrowerten konnten Bahmeyer zeitweise um 2 Prozent anziehen. Bevorzugt waren außerdem Kunstseidenfabriken, Zellulosewerke, Brauereierfaktoren und einige Brauereierfaktoren. Die Anhangsgewinne gingen im weiteren Verlaufe infolge des Aufstieges zum Teil wieder verloren. Am Abend schloß die Börse bei nicht ganz einheitlicher Haltung und kleinen Umsätzen die Tendenz doch im allgemeinen nicht schwächer.

Am Geldmarkt zog Tagesgeld infolge der Medienansprüche auf 4 1/2 bis 5 1/2 an.

Am Devisenmarkt waren die Veränderungen nicht wesentlich. Die Berliner amtliche Notierung der Tschedenkrone erfolgte auf Basis des Vortages, jedoch wieder mit dem Zusatz nominell, das heißt, daß die Reichsbank das angebotene Material nicht übernahm. Das Kursrisiko ist wegen der bevorstehenden Abwertung zu groß. Am Ausland wurde die Tschedenkrone meist schwächer gehandelt. In London liegt der Pfundkurs gegen Prag bis auf 112,50, dieser Stand würde für die Tschedenkrone gegen Reichsmark eine Abschwächung auf 11,30 (amtlicher Kurs 2,45) bedeuten. Der Züricher Pfund hat den amtlichen Handel in Tschedenkrone eingestellt. Dollar und Pfund waren wenig verändert. Die Berliner amtliche Notierung lautet: Dollar 2,525 (2,555), Pfund: 12,72 (12,715).

Kraft und Willen

Beugt dich ein Leid und ist es noch so groß, Und will dein Herz noch so bitter weinen, Bleib stark und tapfer, trage still dein Los Und lasse Kraft und Willen sich vereinen. Sind Sorg' und Not als Gast bei dir zu Haus, Will Traurigkeit dich zum Erlegen bringen, Auf nicht dein Unglück in die Welt hinaus, Laß mit ihm deine eignen Kräfte ringen.

Erzähl' den Menschen nicht, was dich bedrückt, Verberge ihnen deines Herzens Wunden, Denn viele werden, schadenfroh beglückt, Nur überhören deine Schmerzensstunden.

Es ist das Leid nur halb so groß und schwer, Wenn Kraft und Willen sich in dir verbinden, Und blüht du auf zum ewigen Sternemeer, Und blüht du auf zum ewigen Sternemeer, Wird deine Seele Trost und Ruhe finden.

Nachdruck verboten. Fr. Vargmann.

Bericht über die Tätigkeit des Amtsvorstandes Wefermarck

in der Zeit vom 1. September 1933 bis zum 10. Februar 1934 (Schluß)

IV. Amtsverbandseinrichtungen.

1. Der **Amtsverbandshaus** sind nunmehr Rechnungs-führung bzw. Führung für insgesamt 24 Wasserbau-gesellschaften übertragen worden. Für die Weiterbildung der Amtswegebau- und der Genossenschaftsumlagen sind bisher 3 besondere Beamte eingestellt; die Anstellung weiterer Beamten ist in Aussicht genommen.

2. Die **Amtsverbandskrankenhäuser** in Nordenham und Brake sind in diesem Jahre gut belegt gewesen, so daß sie ohne Zuschuß des Amtsverbandes auskommen konnten. An beiden Krankenhäusern wurden aus laufenden Mitteln große Instandsetzungsarbeiten ausgeführt. Das Amtsverbandskrankenhaus Nordenham erhält einen neuen Anfrisch. Für das Amtsverbandskrankenhaus Brake wird ein neuer Röntgen-Apparat, für das Amtsverbandskrankenhaus Nordenham ein neuer Kranentransportwagen angeschafft. Die Anschaffungskosten von rund 16 000 RM können aus laufenden Mitteln dieses Rechnungsjahres bestritten werden.

3. Das **fürsorgeheim Ellwürden**, das ebenfalls in diesem Jahre ohne Zuschuß des Amtsverbandes auskommt, ist nach Aufhebung des Säuglingsheims in der Lage, eine große Anzahl von Pflegelingen, die bisher in Wehnen, Blankenburg und im Gertrudenhause auf Kosten des Amtsverbandes untergebracht waren, aufzunehmen. Eine neue Wäschereianlage zum Preise von 2000 RM konnte aus laufenden Mitteln beschafft werden.

4. **Licht- und Luftbad des Amtsverbandes auf dem Harrierlande.** Im allen erholungsbedürftigen Kindern seines Bezirkes einen mehrtägigen, ganztägigen Aufenthalt in dem Licht- und Luftbad zu ermöglichen, hat der Amtsvorstand die Erweiterung der Anlagen beschlossen und hierfür ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von 6000 RM aufgenommen.

5. **Butzfadinger Bahn.** Das Betriebsergebnis ist zufriedenstellend. Wegen Aufbringung des Fehlbetrages ist in Abänderung eines früheren Beschlusses folgende Regelung getroffen:

Von den ungedeckten Ausgaben gehen 10 % zu Lasten des Amtsverbandes; der restliche Fehlbetrag ist mit 20 % von der Stadt Nordenham, mit 14 % von der Gemeinde Abbehausen und mit 66 % von der Gemeinde Burhave aufzubringen.

6. **Amtsverbandswohnhäuser.** Der Verkauf der drei Jagen, Gendarmenwohnhäuser und des Beamtenwohnhauses in Brake wurde beschlossen. Das Beamtenwohnhause in Etsfleth ist nach Aufhebung der bisher in diesem Gebäude untergebracht gemeinsamen Amtskasse Etsfleth anderweitig vermietet worden.

7. Für die Vornahme der **Desinfektion** wurden 4 Bezirke gebildet und diese 4 Desinfektoren übertragen. Es werden beförderbare Desinfektionsgebühren erhoben.

V. Voranschlag 1934/35.

Die Voranschläge des Amtsverbandes für 1934/35 sind bereits in der Amtsvorstandssitzung vom 5. Februar 1934 aufgestellt und endgültig festgestellt worden.

1. Nach dem **Vorbericht** hat der Amtsverband Vermögen im Werte von 2 500 000 RM und Schulden im Betrage von rund 700 000 RM. Das Gesamteuer-aufkommen ist 2 075 000 RM.

Die **Gesamtumlagen der Gemeinden betragen für 1934/35 200 000 RM**, also noch nicht 10 % des Gesamteuer-aufkommens (im Vorjahre 20 %). Die Umlagen verteilen sich wie folgt:

Brake	27 500 RM	Jade	10 500 RM
Etsfleth	10 300 "	Abbehausen	16 400 "
Nordenham	46 400 "	Burhave	21 500 "
Dedesdorf	6 500 "	Rodenkirchen	13 100 "
Stedingen	19 600 "	Ovelgönne	13 600 "
Moorriek	14 600 "		

2. Der **Voranschlag H (Allgemeine Verwaltung)** schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 417 500 RM ab. Auf der Einnahmeseite konnte ein Kasseneibzug aus dem Vorjahre in Höhe von rund 120 000 RM vorgetragen werden. Die Einnahmen aus Amtsverbandsteuern sind wie folgt veranschlagt:

Umlagensteuer	50 000 RM
Grundverdienststeuer eincht.	Zuschuß 20 000 "
Wertzunwachssteuer	2 000 "
Biersteuer	90 000 "
Vergütungssteuer	20 000 "

Die allgemeinen Verwaltungsausgaben sind mit rund 36 250 RM veranschlagt, darunter 8750 RM Pauschalbetrag an den Staat, wovon 18 500 RM von den Wasserbau-gesellschaften wieder erstattet werden.

Der **Einnahme-Überschuß** von rund 201 000 RM kann im Voranschlag B (Fürsorgeverwaltung) vorgetragen und hier in Einnahme gebracht werden.

3. Der **Voranschlag B (Fürsorgeverwaltung)** schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit rund 308 750 RM. Die wesentlichen Ausgaben betragen sich wie folgt zusammen:

a) für Geistesranke und Jodisten	rund 103 000 RM
b) für Klein- und Sozialrentner	" 110 000 "
c) für Landarme	" 18 000 "
d) für Bekämpfung der Tuberkulose	" 23 000 "

einschließlich 8000 RM Kosten der Fürsorgestellen und Zuschuß für Licht- und Luftbad.

Für den Voranschlag B brauchen Umlagen von den Gemeinden nicht gehoben zu werden (im Vorjahre 30 000 RM).

4. Der **Voranschlag C (Fürsorgeausgleich)** sieht an Beihilfen für notleidende Gemeinden einen Betrag von rund 270 000 RM vor, (in dem Rechnungsjahr 1933/34 rund 1 Million Reichsmark). An Einnahmen aus der Reichsmohlfahrtskasse 50 000 RM, an Einnahmen aus der Wohnungsnutzungssteuer 40 000 RM (unter Berücksichtigung der Abgänge und Rückstände) "

(unter Beihilfe des Landesfürsorgeverbandes (im Vorjahre waren 165 000 RM vorgehen) fällt weg. Zum Ausgleich des Voranschlags C sind von den Gemeinden **an Umlagen nur rund 200 000 RM** zu heben (statt wie im Vorjahre 385 000 RM). Dieser Umlagebetrag macht 10 % des Gesamteuer-aufkommens im Amtsbezirk Wefermarck aus (im Vorjahre 20 %). Dieses **überaus erfreuliche Ergebnis, das sich auch auf die Senkung der Gemeindesteuern günstig auswirken wird, ist als ein Erfolg der Verwaltungsreform anzusehen.** Es muß hierbei noch bemerkt werden, daß die für 1933/34 fälligen Amtsverbandsumlagen restlos eintommen werden.

5. Der **Voranschlag D (nach dem Viehbestände)** schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 100 000 RM ab. Es handelt sich in der Hauptlage um durchlaufende Beiträge für die Züchterverbände. In diesem Voranschlag ist die Einrichtung eines Fonds für die Bekämpfung der Maulseuche vorgehen.

6. Der **Voranschlag E (Unterhaltung der Amtsverbands- und Gemeindestraßen)** sieht bei Führung einer Wegesteuer von 75 % der Grund- und Gebäudesteuer eine Einnahme von 300 000 RM und an Einnahme aus der Kraftfahrzeugsteuer einen Betrag von 50 000 RM vor.

Für die laufende Unterhaltung der Amts- und Gemeindestraßen sind 250 000 RM vorgehen. Für außerordentliche Straßenerneuerungsarbeiten ist die Aufnahme einer Anleihe von 250 000 RM in Aussicht genommen.

Für die Unterhaltung der Staatsstraßen steht eine Summe von 231 000 RM zur Verfügung, während aus einer aufzunehmenden Anleihe in Höhe von 450 000 RM Teilstreifen der geplanten Umfostaße Wiesen-Delmenhorst ausgeführt werden sollen.

7. Der **Voranschlag F (Amtsverbandskrankenhaus Nordenham)** schließt in Einnahme und Ausgabe mit 140 000 RM ab.

8. Der **Voranschlag G (Amtsverbandskrankenhaus Brake)** schließt in Einnahme und Ausgabe mit 68 000 RM ab.

Beide Krankenhäuser können im nächsten Jahr auf einen Zuschuß des Amtsverbandes verzichten.

9. Der **Voranschlag H (Fürsorgeheim Ellwürden)** schließt in Einnahme und Ausgabe mit einem Betrag von 19 000 RM ab. Auch hier ist ein Zuschuß nicht vorgehen.

10. Der **Voranschlag I (Licht- und Luftbad Brake)** schließt in Einnahme und Ausgabe mit einem Betrag von 5500 RM ab. Zuschuß des Amtsverbandes 2750 RM.

11. Der **Voranschlag K (Butzfadinger Bahn)** wird im nächsten Rechnungsjahr einen Zuschuß des Amtsverbandes in Höhe von 20 000 RM erfordern. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 140 000 RM ab.

12. Für **Voranschlag L (Landwirtschaftsschule Brake)** (die landwirtschaftliche Schule in Nordenham ist inzwischen aufgehoben) sind in Einnahme und Ausgabe 10 000 RM vorgehen, davon rund 9100 RM Zuschuß an die Landwirtschaftskammer.

Zus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

Etsfleth, den 17. Februar 1934

Tages-Zeiger

☉-Aufgang: 7 Uhr 44 Min. ☽-Untergang: 5 Uhr 39 Min

Schwacher:

4.45 Uhr Vorm. — 5.19 Uhr Nachm.

18. Februar: 5.25 Uhr Vorm. — 5.58 Uhr Nachm.

19. Februar: 6.03 Uhr Vorm. — 7.35 Uhr Nachm.

* Am Donnerstag, dem 22. Februar, treffen in Etsfleth zum Besuch der Stadt und der SV-Marine 5 Minenboote und 1 Torpedoboot ein. Das Torpedoboot mit 60 Mann Besatzung bleibt bis zum 28. Februar in Etsfleth liegen.

* Betrieb an der Kaje. Das Motorschiff „Gefine“ aus Huntebrück ladet Mehl, die Motorschiffe „Magda“ aus Brake und „Adele“ aus Etsfleth löschen Mehl, das Motorschiff „Anna“ aus Weferdeich löst Mehl.

* Da in letzter Zeit wieder Falshelgen aus den Vorkriegsjahren im Verkehr ist, sollte man sich vorsehen beim Geldwechseln.

* Reichs-Luftschutz und e. V. Am 13. Februar fand im Gasthause „Zum schwarzen Roß“ ein Vortragsabend der Ortsgruppe Etsfleth des Reichsluftschutzbundes statt. Der Ortsgruppenführer Pg. Henning veranlaßte in kurzen Umrissen der Zuhörer die Luftschiffe der Militärsstaaten und wies in eindringlichen Worten auf die Wichtigkeit des zivilen Luftschutzes hin. Redner forderte die unbedingte Mitarbeit der gesamten Bevölkerung; nur dann könne ihre eine Sicherheit gewährleistet werden. Alsdann sprach Ingenieur Hein über das Thema „Rampf-gale“. Der Redner verhandelt es, den Zuhörern einen guten Einblick in die im Weltkriege zur Verwendung gekommenen Rampf-gale zu verschaffen. Leider ist die Teilnahme an

den von der Ortsgruppe Elsfleth des RW angelegten Veranstaltungen, die für jeden Bewohner von allergrößter Wichtigkeit und Bedeutung sind, nicht so, wie sie sein sollte. Möge es jeder Einzelne fortan als seine nationale Pflicht erkennen, durch Beachtung der Veranstaltungen des RW zur Förderung der Lustkultur beizutragen.

* **Abendhimmel.** Raum hat der sonnennahe Merkur, der jetzt auf ein paar Wochen den Abendstern vertritt, sich am Südwesthorizont zum frühen Untergang geneigt, so erscheint der in der Sonnenbahn liegende, d. h. tiefst links oben sich erstreckende, große Ring des Tierkreislichtes. Dieses ist in unseren Breiten gewöhnlich erst um Frühlingsanfang abends gut zu sehen. Seine ehjige Sichtbarkeit verdient also wegen der frühen Jahreszeit die besondere Aufmerksamkeit des Naturfreundes. Merkur hat am 18. d. M. seinen größten östlichen Abstand von der Sonne und wird bald darauf unsichtbar.

* **Kindervereinsbildung.** Davon wurde in der letzten Zeit sehr viel gesprochen. Ueberall sah man Hiltlerjugend mit ihren Kisten, um Gaststätten für erholungsbedürftige Stadtkinder zu suchen. Der Stamm Elsfleth hatte einen sehr guten Erfolg zu verzeichnen. Den Vogel hat Fährlein Viereburg (Vienen und Neuenfelde) abgeköpft. Dort haben sich 28 freundliche Gastgeber gefunden. Dann kommen Verne mit 26, Lemwerder mit 13 und Elsfleth mit 9 Gaststellen. Allen Quartiergebern sei auf diesem Wege noch einmal herzlich gedankt. Sollte noch jemand sein, der gerne einem Kind eine Unterkunft geben möchte, der melde sich bitte. Es muß noch erwähnt werden, daß diese Kinder durchaus gesund sind; es sind Großstadtkinder, die auch einmal das Land kennen lernen sollen.

* **Stellt mehr Lehrlinge ein!** In einem Aufsatz Dr. Lyes an die Wirtschaft kommt zum Ausdruck: Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit hat den deutschen Unternehmer zum Führer seines Betriebes gemacht. Zu dem Einfluß seines Führertums ist damit als höhere sittliche Aufgabe eine Führerverpflichtung getreten. Die Schulung des Nachwuchses im weitesten Sinne des Wortes, ist Sache einer solchen Führerverpflichtung. Es geht nicht an, daß die schulentlassene Jugend auf der Straße liegt; es ist für das politisch geübte Volk unerträglich, daß junge arbeitswillige Menschen ohne Beschäftigung bleiben oder in ihrem schiedt und recht erworbenen Arbeitslöhnen verkrümmen. Was man an der Arbeitsjugend verdammt, wird am Gesamtvolk gesündigt. Darum appelliere ich an das nationale Bewußtsein der deutschen Wirtschaft, daß sie in Erfüllung ihrer Führerplicht in diesem Frühjahr mehr Lehrlinge einstellt, als im Augenblick notwendig erscheint. Ich appelliere an das nationale Gewissen der Wirtschaft, daß sie nicht nur für das Fort- und Weiterkommen der Jugend sorgt, die ihre Lehre abgeholfen haben, sondern daß sie darüber hinaus durch Einrichtung von „Vorlehren“ und „Nachlehren“ sich derer annimmt, die bisher keine Ausbildung genossen oder in der Vollendung ihrer Ausbildung infolge der Wirtschaftskrise gebremst wurden. — Mögen die Elsflether Wirtschaftskreise diesen Aufruf beherzigen.

* **Das Gedenk-Album vom Gau Weser-Ems** wurde dem Gauleiter Reichsstatthalter Carl Höver anlässlich seines 45. Geburtstages am Montag, dem 12. Februar d. J., durch den Gaupropagandaleiter Ernst Schulze im Namen aller Kämpfer der NSDAP (PD, SA, SS und HJ) des Gauweser-Ems überreicht. Der Umfang dieses Albums läßt erkennen, daß die Auswahl

und Zusammenstellung der von den Untergliederungen eingesandten Bilder mit Sorgfalt getroffen wurden und das Album dadurch einen lebhaften Ueberblick gibt über die Geschehnisse innerhalb des Gauweser-Ems vor und nach der Machtergreifung. Wochentlang Vorbereitungen waren für die Herausgabe notwendig bis der Buchbindermeister Alfred Wittig, Oldenburg i. O., Heiligengeiststr. 7, mit der technischen Arbeit beginnen konnte. Die Ausführung des Werkes findet allseitigen Beifall. Es ist seitens der Gaupropagandaleitung beabsichtigt, ein illustriertes Gedenkbuch, was später von jedem Volksgenossen käuflich erworben werden kann, in ähnlicher Art noch bis Ende dieses Jahres herauszubringen.

Am 18. Februar Kleiderpende für die notleidende Landbevölkerung!

* **Bevorrechtigung Kinderreicher bei Arbeitsvermittlung.** Der Herr Reichsarbeitsminister teilt mit, daß nach § 58, Absatz 1 des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung die Familienverhältnisse und insbesondere auch die Zahl der unterführungsbedürftigen Angehörigen des Bewerbers zu berücksichtigen sind. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter angewiesen, die Einkommensträger kinderreicher Familien bevorzugt zu berücksichtigen. Bei der Vermittlung von Angestellten und Arbeitern für Reichsbehörden erhalten Personen, die für mehr als 3 Familienangehörige zu sorgen haben, bei ihrer Entlassung eine Dringlichkeitsbescheinigung und sind bei der Zuweisung zu bevorzugen. Schließlich dürfen nach § 3 der Verordnung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur bisherige Erwerbslose und zwar in erster Linie Kinderreiche, Familienernährer und langfristige Erwerbslose berücksichtigt werden.

* **Oldenburg, 15. Februar 1934.** Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Ferkel- und Schweinemarkt. Auftrieb: Insgesamt 692 Tiere, nämlich 657 Ferkel und 35 Käuferschweine.

Es kosteten das Stück der Durchschnittsqualität:
Ferkel, bis 6 Wochen alt 7.00—10.00 RM
Ferkel, 6—8 Wochen alt 10.00—13.00 "
Ferkel, 8—10 Wochen alt 13.00—17.00 "
Käuferschweine, 3—4 Monate alt 19.00—25.00 "
Käuferschweine, 4—6 Monate alt 25.00—32.00 "
Größere Käuferschweine entsprechend teurer. Beste Tiere aller Gattungen wurden über, geringere unter Notiz bezahlt. Marktverlauf: Sehr schlecht, Ueberbestand.

§ **Oldenburg.** Die Große Strafkammer besaßte sich in zweitägiger Sitzung mit dem am 11. September 1931 erfolgten katastrophalen Zusammenbruch der Großfirma Willi J. Ostermann (Fischmehl, Mehl und Fett) in Delmenhorst. Bei einer Passiva von mehr als 80 000 RM war eine derart geringe Aktiva vorhanden, daß diese für Unkosten vollständig darauf ging, so daß das Konkursverfahren wegen Mangel an Masse eingestellt werden mußte. Von den Verlusten betroffen wurde erheblich u. a. die Wogmann A.-G. in Bremen. Der Inhaber der Firma, der jetzt 34jährige Kaufmann W. Ostermann,

hatte zunächst durch eine nicht zutreffende Bilanz Konkursverfahren hinauszuzögern versucht und dann die Eröffnung des Konkurses in rücksichtsloser Weise Geldbeträge und auch eine erhebliche Menge von Waren aus der Konkursmasse auf unehrliche Weise herausgeholt. Besonders hatte er seinen Verwandten zum Schaden gemacht. Die Geschäftsbücher waren versteckt in Wohnung der Mutter des Angeklagten untergebracht. Die Anklage fußt auf den erscheinenden § 239 der Konkursordnung, der an sich nur Rückwärtsrechnung vor dem ersten Tage vor der Beweisaufnahme der unglücklich für O., daß auf Antrag des Staatsanwaltes wegen Verdunkelungs- und Gefahr der Flucht der geflagte am Schluß der Verhandlung verhaftet wurde. Von den vielen Zeugen wurde er besonders belastet durch den Kaufmann Ewen Maden von der gen. Firma in Bremen, dessen vorzügliches Einbild der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Witte, bei der Urteilsbegründung hervorhob. Er sei das Bild eines Kaufmannes, wie sein sollte. Der Staatsanwalt bezeichnete das Gebot des Angeklagten als krafften Egoismus und eine Verletzung des Sages: Gemeinnutz vor Eigennutz, beantragte unter Ausschluß mildernder Umstände Rückwärtsrechnung von 3 Jahren, eine Geldstrafe von 50 000 RM, 3 Jahren Ehrverlust und Aufrechterhaltung des Haftbefehls. Nach 1 1/2stündiger Beratung wurde O. verurteilt zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Zuhilfenahme mildernder Umstände, weil bislang unbestraft, 15 000 RM Geldstrafe weil aus Gewinnsucht gehandelt und 3 Jahre Ehrverlust weil das Treiben erbärmlich war. Der Haftbefehl besteht.

* **Bremen.** Von den Beamten der Zollfahndungstelle Bremen wurden die Inhaber der hiesigen Baumwollfirma S. L. Cohn & Sohn, die Kaufleute Ernst C. und Carl Viehufen, festgenommen, da sie dringlich bedächtig sind, bedeutende im Ausland befindliche Vermögenswerte entgegen den Bestimmungen des Volksverratsgesetzes vom 12. Juni 1933 nicht angemeldet zu haben. Es die beiden Beschuldigten ist inzwischen auf Antrag Staatsanwaltschaft Haftbefehl vom Amtsgericht Bremen erlassen worden. Um eine reibungslose Fortführung der Geschäfte der Firma S. L. Cohn & Sohn zu gewährleisten, hat sich der Präsident der Bremer Baumwollfirma Dr. h. c. A. W. Cramer, bereit erklärt, die Firma zu händereis weiterzuführen. Daraus ist haben die verhafteten Firmeninhaber den Präsidenten Dr. Cramer durch Erteilung einer unüberwindlichen Generalvollmacht für die Firma S. L. Cohn & Sohn ermächtigt, die zur Fortführung der Geschäfte erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

* **Dörpen.** Die Bauarbeiten im Rüstkanal nach Beendigung der Frostperiode wieder in größter Umfang ausgenommen worden. Es sind zur 4—5000 Arbeiter dort beschäftigt, doch wird diese in Kürze weiter steigen. Im ganzen sind jetzt außer zahlreichen Dämm- und den mechanischen Schleusenarbeiten die Arbeiten zur Herstellung von 8 Brücken im Kanal die zum Teil im Zuge der Eisenbahnlinie Emden—Mehli liegen. Neu zu bauen ist noch eine Strecke von 8 km. Man rechnet damit, daß der Bau des Rüstkanals preislichem Gebiet bis zum Herbst d. J. beendet nachdem der oldenburgische Teil schon seit Jahren fertig ist. Auf oldenburgischem Gebiete werden Augenblick vor allem in der Nähe von Elsfleth die Uferkanäle bei der Schleufe durch die Kanalbauverwaltung bedeutend verstärkt, da an dieser Stelle ein sehr wichtiger Schiffsverkehr herrscht.

Die Bahnhofsirtschaft in Elsfleth (Oldb.) mit Wohnung

wird zum 1. Mai 1934 neu verpachtet. Angebote auf amtlichem Vordruck bis 12. März 1934 an die Reichsbahndirektion Oldenburg. Angebotsvordrucke und Pachtbedingungen gegen Voreinblendung von 1 RM (nicht Briefmarken) durch Grundverwaltungsbüro der Reichsbahndirektion Oldenburg.

Reichsbahndirektion Oldenburg
Stadtmagistrat
Elsfleth, den 16. Februar 1934

Luftschutz ist Not!

Dierzu gehört in erster Linie, daß alles unnützes Gerümpel von sämtlichen Hausböden verschwindet. Die gesamte Bevölkerung wird gebeten, im eigenen Interesse dieser Aufforderung nachzukommen und das Gerümpel zu entfernen. **Z b e k e n**

Tivoli-Tonlichtspiele
Sonntag, den 18. Februar, 20^{1/2} Uhr
Amy Ondra in
Die Tochter des Regiments
mit Werner Fuetterer, Adele Sandrok u. a. m.
Dazu das tönende Beiprogramm
Wochenschau
Nachmittags 3 Uhr: Jugend-Vorstellung
Dem nächst: Abel mit der Mundharmonika
Heideschulmeister Uve Karsten

Zu verkaufen
1 Grammophon
mit 20 Platten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.
Prima fettes Kalbfleisch
Emil Wedelich

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag, den 18. Februar
10 Uhr: Gottesdienst
11^{1/2} Uhr: Kindergottesdienst
C. C.

Sonnabend, den 17. Febr.
Diele
Kapelle R. Piller
Es ladet freundlichst ein
R. Peterek

Lindenhof
Sonntag, d. 18. Februar

Großer Tanz
Kapelle Robert Piller
Eintritt 50 Pfg. Anfang 8 Uhr
Es ladet herzlichst ein
G. Kuhlmann

Gerda Wispeler
Karl Thon
Verlobte
Elsfleth Nordenham
Wurpstraße
Eintritt frei!
Dienstag, 20. Februar, nachm. 4 u. abds. 8 Uhr
Elsfleth, Hotel „Großherzog v. Oldenburg“
großes Schaulplättchen mit praktischen Vorführungen
Einflärten, Gläsern und Formen der Krügen und feinen Wäsche auf
Kein Spannen der gestrickten Decken mehr!
Kragen u. Decken mitbringen. Referent: Frau C. Kampshausen
Eintritt frei!

Ruhr-Eiform. Briketts

Klein-Eiformbriketts
Wallnuggröße (etwa 15 g schwer) für Küchenherde, Wasch- und Kochkessel, Kachel- und Badeöfen
Anthrazit-Eiformbriketts
Hühnergröße (etwa 50 g schwer) in der Hauptsache für Stubenöfen
der ideale Hausbrand
Verlangen Sie von Ihrem Kohlenhändler
Ruhr-Eiformbriketts

Briefumschläge
mit firmenaufdruck fertigt an
E. Firk, Buchdruckerei

DANKSAGUNG
Für die Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem mir betroffenen schweren Verlust sage ich herzlichsten Dank
Frieda Delkus

Ihre Vermählung geben bekannt:
Wilhelm Ohmstede und Frau
Leni geb. Hartmann
Elsfleth, den 17. Februar 1934

Statt Karten!
Evertsen, den 15. Februar 1934
Heute entschließ' ich mich nach längerer Krankheit, im 56. Lebensjahr, mein lieber guter Mann, unser lieber Bruder, Schwiegerohn, Schwager und Onkel, der
Oberzollsekretär
Georg Cossens
Tieftrauernd bringt dieses auch im Namen der übrigen Angehörigen zur Anzeige
Anna Cossens geb. Wedelich
Beerdigung Montag, den 19. d. M., nachmittags 3^{1/2} Uhr, vom Trauerhause Hundsmühle, Erchauffee 22. Trauerandacht 1/2 Stunde vorher.